

Presseerklärung vom 26.01.2016

Die Aufnahmekapazität der Stadt Mühlheim ist erreicht

Die Bürger für Mühlheim reagieren auf den offenen Brief des Bürgermeisters an die Bundeskanzlerin Angela Merkel. "Wir sagen es ganz klar: Die Aufnahmekapazität der Stadt Mühlheim für Flüchtlinge ist erreicht", so der Fraktionsvorsitzende der Bürger und Spitzenkandidat Dr. Jürgen Ries. Wir wundern uns aber, dass der Bürgermeister fordert, dass die Zuteilung für die Stadt Mühlheim besser planbar gemacht werden muss. Er weiß jedoch heute schon, dass in diesem Jahr jeden Monat weitere 55 Flüchtlinge kommen werden. Das Problem ist aber, dass Unterbringung und Integration von so vielen Menschen nicht mehr zu bewältigen sein werden. Sowohl die Stadt als auch die ehrenamtlichen Helfer sind damit überfordert. Wir fordern deshalb, dass keine weiteren Flüchtlinge, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, auf die Kommunen verteilt werden sollen. Es kann nicht sein, dass Menschen aus sicheren Ländern z.B. aus Serbien nach Mühlheim kommen, obwohl sie keinerlei Aussicht auf eine Asyl-Anerkennung haben werden.

Wir wenden uns auch gegen den geplanten Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in der Schillerstraße für 3,4 Mio. €, um gerade einmal rund 70 Menschen unterzubringen und der Errichtung von 10 festen Holzhäusern für insgesamt 10 Mio. €. Es sollen in den nächsten Monaten über 13 Mio. € für Flüchtlingsunterkünfte ausgegeben werden, dabei entsteht nicht eine reguläre Wohnung. Wir fordern übergangsweise die Errichtung preisgünstigerer Lösungen, wie z.B. der Leichtmetallhallen und eine sofortige, verstärkte Investition in den sozialen Wohnungsbau. Wir wollen keine Ghettoisierung, sondern dass Mühlheimer und anerkannte Asylberechtigte miteinander im sozialen Frieden in unserer Stadt leben können.

Wir sind auch enttäuscht, dass der Bürgermeister nicht auf die Sorgen der ansässigen Bevölkerung eingeht. Die Anzahl der Menschen aus einem fremden Kulturkreis ohne jegliche Kenntnisse unserer Sprache und Gepflogenheiten sorgt vermehrt für Unruhe in unserer Stadt. Dazu haben sicher auch die Ereignisse der letzten Wochen beigetragen.

Überhaupt nicht zu vermitteln ist darüber hinaus, dass in den letzten Jahren ein rigider Sparkurs notwendig war und auf einmal problemlos über 13 Mio. Euro nur für Flüchtlingssunterkünfte ausgegeben werden können. Viele Bürger dieser Stadt haben das Gefühl, dass sich alles nur noch um die Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge dreht und die übrige kommunale Infrastruktur in den Hintergrund gerät.

Die Flüchtlingskrise und deren Folgen ist eine große Herausforderung für die politisch Verantwortlichen, aber auch für die Mühlheimer Bevölkerung, die nicht so recht weiß, wie es weitergehen soll.